



KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

Demokratie braucht DEMOKRATEN

Das Jahresmotto der Konrad-Adenauer-Stiftung lautet 2015: „Farbe bekennen: Demokratie braucht Demokraten“. Alle Beiträge in diesem Heft, die über Veranstaltungen mit speziellem Bezug zu diesem Thema berichten, sind mit dem abgebildeten Logo gekennzeichnet.



POLITISCHER DIALOG:
Serap Güler MdL sprach auf einer Veranstaltung im Dezember 2014 in Ankara über Zukunftsperspektiven in den deutsch-türkischen Beziehungen.



ENERGIE-, KLIMA- UND UMWELTPOLITIK:
Studenten der Hong Kong Baptist University zeigten großes Interesse an Europas Vorbildrolle im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG:
Bundespräsident Joachim Gauck kam während seines Staatsbesuchs in Tansania mit Vertretern religiöser Gruppen auf Sansibar zusammen.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Politischer Dialog
- Seite 7
Demokratie und Entwicklung
- Seite 10
Europapolitik
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 16
Rechtsstaat
- Seite 18
Energie-, Klima- und Umweltpolitik
- Seite 20
Werte- und Religionsdialog
- Seite 22
Medien
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

EXTREMISTEN SIND STAATSFEIND NUMMER 1

Die Regierung Malaysias sieht im Anstieg von ethnischem und religiösem Extremismus eine große Gefahr für die harmonische Entwicklung des Landes.

Joseph Kurup, Minister im Premierministeramt und zuständig für nationale Einheit, sagte bei der Eröffnung der „Malaysia Strategic Outlook Conference“ am 27. Januar 2015 in Kuala Lumpur, es werde keine Toleranz für extremistische Ideen und Aktivitäten in Malaysia geben. Extremisten würden als Staatsfeind Nummer Eins betrachtet. Seine Regierung fördere Mäßigung sowie ein harmonisches Zusammenleben der Ethnien und Religionen und werde diese Werte mit allen Mitteln verteidigen. In diesem Zusammenhang warnte er auch vor möglichen terroristischen Aktivitäten durch Anhänger des Islamischen Staates in Malaysia.



Die „Malaysia Strategic Outlook Conference“ wird alljährlich vom renommierten Think Tank „Asian Strategy & Leadership Institute“ veranstaltet. 2015 beteiligte sich die Konrad-Adenauer-Stiftung erstmals als Partner an dieser Veranstaltung. Ziel ist es, die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Trends und Herausforderungen des anstehenden Jahres in Malaysia zu diskutieren

Joseph Kurup (l.), Minister im Premierministeramt und zuständig für Nationale Einheit, spricht auf der „Malaysia Strategic Outlook Conference“ über Mäßigung und die Gefahr von Extremismus.

■ EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



es war ein kurzer Urlaub von der Geschichte, ein „holiday from history“: Wenn Zeithistoriker heute auf die 1990er Jahre zurückschauen, ist oft dieses bittere Urteil zu hören. Gemeint ist eine Zeit der Hoffnung und des Aufbruchs, als die Blockkonfrontation des Kalten Krieges überwunden war und, in den Worten George Bush Seniors, eine „Neue Weltordnung“ der internationalen Kooperation zum Greifen nahe schien. Heute wissen wir, dass der Zerfall der Sowjetunion nicht das Ende innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt bedeutete. Der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus führte auch nicht zu dem von Francis Fukuyama postulierten Ende der ideologischen Konfrontation. Die liberale marktwirtschaftliche Demokratie hatte zwar einen Sieg über den Kommunismus errungen, aber andere Vorstellungen und Modelle von Staat und Gesellschaft existierten weiter.

Mit den verheerenden Anschlägen des Terrornetzwerks al-Qaida vom 11. September 2001 wurde dies aller Welt dramatisch vor Augen geführt. Seitdem reißen religiöser Extremismus und politische Gewalt in der Welt – aber auch der Kampf gegen ihre Auswüchse – nicht ab. Bedeutender Teil dieses politischen und religiösen Extremismus ist der gewaltbereite Islamismus. Islamistische Gruppierungen missbrauchen religiöse Grundlagen und formulieren daraus letztlich politische Ziele. Dabei sind die Wege und konkreten Ausprägungen durchaus unterschiedlich: Die Bandbreite islamistisch-fundamentalistischer Bewegungen reicht von der Einschüchterung liberaler Gesellschaften durch Terrorangriffe und radikalisierte „home-grown terrorists“ wie jüngst in Paris über Destabilisierung fragiler Staaten durch ideologisch und religiös verbrämte Terrorbanden wie Boko Haram in Nigeria bis hin zu militärischen Feldzügen zur Eroberung von Territorium und der Errichtung eigener Staatlichkeit wie IS in Syrien und Irak.

Jede dieser Ausprägungen und lokalen Strategien muss auf eigene, maßgeschneiderte Art bekämpft werden und erfordert eine abgewogene Mischung aus polizeilichen, geheimdienstlichen, militärischen sowie entwicklungs- und ordnungspolitischen Maßnahmen. Der Westen kann bei dieser Aufgabe nicht abseits stehen. Denn auch wenn die Bedrohung für uns auf den ersten Blick nicht so existentiell sein mag wie beispielsweise der geografisch nahe Sowjetkommunismus im Kalten Krieg, stellt der Islamismus eine ernste Herausforderung an unser Modell internationaler Ordnung dar – und gefährdet konkret unsere Sicherheit in Deutschland und Europa.

In diesen Auseinandersetzungen ist die Position der Konrad-Adenauer-Stiftung klar: Wir stehen auf der Seite der Freiheit, des Rechts, der wehrhaften Demokratie – und zwar auf der Basis des christlichen Menschenbildes und der europäischen Tradition der Aufklärung. Das ist der Maßstab unserer Auslandsarbeit. Was diese Haltung für unsere konkrete Projektarbeit bedeutet, wollen wir Ihnen in einer kleinen Auswahl auf den folgenden Seiten vorstellen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!
Berlin, im März 2015

Dr. Gerhard Wahlers | Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David

■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)

■ Jasper Eitze
(Energie-, Klima- und
Umweltpolitik)

■ Peter Girke
(Rechtsstaat)

■ Martina Kaiser
(Medien)

■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)

■ Gunter Rieck Moncayo
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)

■ Winfried Weck
(Demokratie und Entwicklung,
Werte- und Religionsdialog)

Kontakt über:

vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH

KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

KAS

© 2015

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10421-1503-1005



Von rechts: Mohamed Azmin Ali, Ministerpräsident von Selangor; Dr. Jeffrey Cheah, Vorsitzender von ASLI

SCHWERPUNKTTHEMA ■

EXTREMISTEN SIND STAATSFEIND NUMMER 1

Fortsetzung
von Seite 1 ►

und zu analysieren und somit frühzeitig Handlungs- und Lösungsvorschläge für Entscheidungsträger zu unterbreiten. Unter den Referenten waren neben dem Minister hochrangige Vertreter politischer Parteien sowohl aus der Regierungskoalition Barisan Nasional als auch aus dem Oppositionsbündnis Pakatan Rakyat sowie Führungskräfte aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Als Gastredner sprach der Ministerpräsident des Bundesstaates Selangor, Mohamed Azmin Ali, über die Pläne seiner Regierung für das kommende Jahr. Selangor ist der bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Bundesstaat Malaysias und wird seit 2008 vom Oppositionsbündnis Pakatan Rakyat regiert.



Teilnehmer der Malaysian Strategic Outlook Conference 2015

ZWISCHEN HOFFUNG AUF FORTSCHRITT UND SORGE VOR RÜCKSCHRITT:

DIE ARABISCHE WELT IM WANDEL

Politische Instabilität, Repression und Arbeitslosigkeit: Auch vier Jahre nach den Umbrüchen von 2011 steht die arabische Welt vor enormen Herausforderungen, die einen idealen Nährboden für extremistisches Gedankengut bieten.

Entscheidungsträger, Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Deutschland und 13 arabischen Ländern diskutierten vom 30. November bis zum 2. Dezember 2014 auf der zweiten überregionalen KAS-Fachkonferenz am Toten Meer Zukunftsperspektiven einer arabischen Welt im Umbruch. Neben dem Weg zu mehr politischer Teilhabe und der Entwicklung pluralistischer Gesellschaften stand dabei besonders die Bedrohung durch dschihadistischen Terror im Fokus der Diskussionen. Mit der Veranstaltung, die das Team Inlandsprogramme der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Regionalprogramm Golf-Staaten und dem Auslandsbüro Jordanien ausrichtete, sollte Führungskräften sowohl aus Deutschland als auch aus dem Maghreb, der Levante und den Golfstaaten eine Plattform geboten werden, die Synergien freisetzt und den interregionalen Dialog in der arabischen Welt



Panelisten und Teilnehmer der zweiten interregionalen Fachkonferenz am Toten Meer

fördert. Gleichzeitig bot die Konferenz den deutschen Teilnehmern die Chance, sich im direkten Austausch mit arabischen Meinungsführern die komplizierte und facettenreiche Gemengelage in der Region unmittelbar vor Augen zu führen sowie Probleme und Chancen für die weitere Entwicklung und Zusammenarbeit zu erörtern. Denn eines ist klar: Im Alleingang können die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Region nicht gelöst werden.

■ POLITISCHER DIALOG



DAS HEILIGE LAND UND DIE DEUTSCHEN

Anlässlich des 50. Jubiläums der Aufnahme deutsch-israelischer diplomatischer Beziehungen führten die KAS-Auslandsbüros in Israel und den Palästinensischen Gebieten eine Umfrage zum Deutschlandbild im Heiligen Land durch. Die Ergebnisse sind bemerkenswert: Fast 70 Prozent der Israelis schätzen Deutschland positiv ein. Überdies wünschen sich die befragten Israelis ausdrücklich eine noch aktivere Rolle Deutschlands in der internationalen Politik, auch in Bezug auf den Nahost-Konflikt. Die Palästinenser sehen Deutschland ebenfalls als einen der wichtigsten

Partner in Europa und befürworten explizit ein stärkeres Engagement Deutschlands auf internationaler Ebene. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, zeigte sich über den Ausgang der Umfrage erfreut: „Mich stimmen diese Ergebnisse optimistisch. Wir können als Deutsche offene Worte aussprechen und als ehrlicher Makler im Nahost-Konflikt agieren, weil wir nicht nur Freund des israelischen Volkes, sondern ganz offensichtlich auch Freunde der Palästinenser sind.“

Pressekonferenz in Berlin anlässlich der Vorstellung der Studie (v.l.n.r.): Matthias Barner, Pressesprecher der KAS; Dr. Michael Borchard, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Israel; Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der KAS; Mitchell Barack, KEEVOON Strategies; Prof. Khalil Shikaki, PSR; Dr. Hans Heyn, Leiter des KAS-Auslandsbüros in den Palästinensischen Gebieten



Dr. Patrick Keller, Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik in der KAS, und Dr. Lisa Aronsson, RUSI-Projektleiterin

DEUTSCH-BRITISCHER SICHERHEITSDIALOG

Der Deutsch-Britische Sicherheitsdialog wird in Kooperation zwischen dem Royal United Services Institute (RUSI) und der KAS seit 2012 abwechselnd in Berlin und London durchgeführt. Ziel dieser Initiative ist es, die Diskussion aktueller sicherheitspolitischer Fragestellungen zu fördern und Verständnis für unterschiedliche Sicht- und Vorgehensweisen zwischen Deutschland und Großbritannien zu wecken sowie gemeinsame Handlungsansätze zu identifizieren. Schwerpunktthemen der Tagung am 16. Januar in London waren Russland und die europäische Sicherheitspolitik, die transatlantischen Perspektiven der Konflikte in Syrien und Irak sowie die sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa. Zielgruppe bzw. Teilnehmer der Veranstaltung waren Experten aus Deutschland und Großbritannien, die mehrheitlich aus Think Tanks, Verteidigungsministerien und der NATO in Brüssel stammten.

CDU-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER KLAUS SCHÜLER IN TUNESIEN

Nachdem Tunesien mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende 2014 seine politische Transition formal erfolgreich abgeschlossen hat, tritt es nun in die Phase der Konsolidierung seiner jungen Demokratie ein. Um die Entwicklung der Parteienlandschaft weiter zu unterstützen, besuchte der Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, Dr. Klaus Schüler, vom 13. bis zum 15. Januar 2015 das Land. Höhepunkte des von der KAS-Tunesien organisierten Dialogprogrammes waren die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum vierten Jahrestag der Revolution und zur Amtsübernahme des neu-gewählten Präsidenten, Béji Caïd Essebsi. Dieser empfing Schüler darüber hinaus zu einem persönlichen Gedankenaustausch.



Nachhaltige Zusammenarbeit für eine erfolgreiche Transition (v.r.): Staatspräsident Béji Caïd Essebsi; CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler und der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Tunis, Dr. Hardy Ostry, im Meinungsaustausch über die nun anstehenden politischen und sozioökonomischen Herausforderungen Tunesiens

DEUTSCHE IN DER TÜRKEI, TÜRKEN IN DEUTSCHLAND

Am 12. Dezember 2014 fand in Ankara ein öffentlicher Diskurs über Zukunftsperspektiven der deutsch-türkischen Beziehungen statt. MdL Serap Güler (Foto unten), Mitglied des CDU-Bundesvorstands, gab in ihrer Auftaktrede einige Beispiele von Törken, die sich in verschiedenen Bereichen besonders erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integriert haben. Mehmet Samsar vom türkischen Außenministerium würdigte das enge Beziehungsgeflecht, das vor allem auf den über drei Millionen „Deutsch-Törken“ sowie rund 100.000 Deutschen in der Türkei aufbaut.



REGIONALFOREN FÜR EINE NEUE POLITISCHE AGENDA

2015 ist ein Großwahljahr für Mexiko. Das gesamte Abgeordnetenhaus und Gouverneure aus neun Bundesstaaten werden neu gewählt; daneben finden in zahlreichen Bundesstaaten Kommunal- und Landtagswahlen statt. Die christdemokratische Partnerpartei der KAS, Partido Acción Nacional, arbeitete ein „nationales Rahmenwahlprogramm“ aus, an welchem sich die jeweiligen Kandidaten auf Landes- und Lokalebene bei ihrem Wahlkampf orientieren werden. Mit dem Ziel, Parteimitglieder sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bürgervereinigungen an der inhaltlichen Ausarbeitung der Wahlplattform zu beteiligen, wurden mit Unterstützung der KAS-Mexiko regionale Konsultationsforen organisiert. Insgesamt beteiligten sich rund 1.000 Mexikaner/innen. Sechs thematische Grundpfeiler – darunter Korruptionsbekämpfung und Institutionenstärkung, Förderung eines nachhaltigen Wachstums sowie Stärkung des Rechtsstaates – konstituieren nun das Wahlprogramm der Partei.

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

POLITISCHER DIALOG

SCHULUNG: FIT FÜR DEN WAHLKAMPF

In Zusammenarbeit mit dem „Maison de l'Elu“ in Marrakech hat das Büro der KAS in Marokko vom 19. bis 22. Januar 2015 zwei aufeinander folgende Schulungskurse durchgeführt, um neue Kandidaten aus verschiedenen Parteien bei den ersten freien Wahlen auf Kommunal-, Provinz- sowie Regionalebene für ihren ersten Wahlkampf vorzubereiten. Während der jeweils zweitägigen Schulungen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich mit den Herausforderungen eines Wahlkampfes auseinanderzusetzen: von der Formulierung eines Programms und einer politischen Botschaft über einen fairen Wahlkampf bis hin zur Mitwirkung an einem ordnungsgemäßen, transparenten Wahlverlauf.



Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

Links im Bild: Dr. Andreas Marchetti, Politologe und Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn, und ein Teilnehmer der Schulung aus der Region Marrakesch-Tensift-Al Haouz

EIN JAHR REGIERUNG HERNÁNDEZ IN HONDURAS

Dr. Jorge Ramón Hernández Alcerro, Minister für Koordinierung der Regierung, stellte in einem öffentlichen Forum der Fundación Juan Manuel Gálvez und der Konrad-Adenauer-Stiftung den Gästen die Ergebnisse der ersten zwölf Monate Regierungsarbeit vor. Zu den Erfolgen zählen die Erfüllung der Quote von 200 Unterrichtstagen an den Schulen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung von Kleinstunternehmen. Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption seien Erfolge zu verzeichnen, die Mordrate sei von 86 pro 100.000 Einwohner auf 66 gesunken. Herausforderungen seien die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, ebenso stelle die Sicherheitslage weiterhin eine Priorität dar.



Kommentator José Cepeda, Politologe der Universidad Javeriana in Kolumbien und Korrespondent von IDD-Lat und Diálogo Político, im Interview

■ POLITISCHER DIALOG

SÜDAFRIKA: 25 JAHRE
SEIT ENDE DER APARTHEIDDemokratie
braucht
DEMOKRATENv.l.: Kgalema Motlanthe,
ehem. Präsident der Republik
Südafrika; Prof. Beate Neuss
und Frederik Willem de Klerk

Vor 25 Jahren kündigte der damalige Staatspräsident Südafrikas Frederik Willem de Klerk in einer Rede vor dem Parlament das Ende der Apartheid an. Aus diesem Anlass luden die Konrad-Adenauer-Stiftung und die FW de Klerk-Stiftung zu einer Konferenz nach Kapstadt ein. Vor über 200 Teilnehmern und zahlreichen Medienvertretern unterstrich die stv. Vorsitzende der KAS, Prof. Beate Neuss, in ihrer Rede auch die historische

Bedeutung des Jahres 1990 für Deutschland. Friedensnobelpreisträger de Klerk verwies auf zahlreiche Errungenschaften, auf die Südafrika seit dem Ende der Apartheid blicken könne. Dazu zähle, dass Südafrika heute ein anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft sei, über eine funktionierende Demokratie verfüge und die Wirtschaft heute drei Mal größer als damals sei. Allerdings gäbe es auch zahlreiche gewichtige Probleme, zu denen ein nicht funktionierendes Bildungssystem, Korruption, die sehr hohe Arbeitslosigkeit gerade junger Menschen und die Gesundheitssituation des Landes zählen.

Demokratie
braucht
DEMOKRATENPREIS FÜR EIN
BÜRGERLICHES UNGARN 2014

Am 16. Dezember 2014 erhielt die Konrad-Adenauer-Stiftung diese Auszeichnung von der Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn. Der jährlich ausgelobte Preis des Stiftungskuratoriums würdigt seit dem Jahre 2005 Personen oder Gemeinschaften, die „im öffentlichen Leben bleibende geistige, menschliche Werte geschaffen haben“.

Der Präsident der Ungarischen Nationalversammlung und Mitglied des PMA-Stiftungskuratoriums, Dr. László Kövér (im Bild 3.v.l.), würdigte in seiner Laudatio die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur hinsichtlich des Beitrages zur Unterstützung der Bürgergesellschaft in Ungarn, sondern lobte auch die weltweiten Aktivitäten der KAS zur Förderung von Demokratie und Freiheit „im Sinne des geistigen Erbes von Konrad Adenauer“.

WAHLEN 2016 IN DER DR KONGO
HABEN DIE OPPOSITIONSPARTEIEN EINE CHANCE?

Die anstehenden Präsidentschaftswahlen am 27. November 2016 werfen bereits ihre Schatten auf die aktuelle politische Lage in der Demokratischen Republik Kongo. Fragen zu den Wahlformalitäten, der Nachfolge von Präsident Joseph Kabila und mögliche Verschiebungen der Machtverhältnisse werden heftig diskutiert. Vergessen wird dabei der strategische und programmatische Austausch zwischen Parteiführung und Basis, um für den Wahlkampf vorbereitet zu sein. Das Länderprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Demokratischen Republik Kongo hat am 5. und 6. Dezember 2014 in Zusammenarbeit mit der Partnerpartei CDC (frz. Convention des Démocrates Chrétiens) eine Diskussionsveranstaltung mit Mitgliedern politischer Parteien in der Oppositionshochburg Matadi durchgeführt, um einen friedlichen Dialog innerhalb der Parteien zu fördern. Der Präsident der CDC und nationale Abgeordnete Gilbert Kiakwama betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung eines friedlichen politischen Dialogs zwischen den Parteien in einem fairen Wahlkampf. In den anschließenden Panels standen der demokratische Aufbau einer Partei, die Bedeutung der Parteienprogramme und Strategien zur Mitgliedermobilisierung im Vordergrund. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Empfehlungen an die Vertreter der Parteien und der Regierung formuliert.

Fragerunde im Anschluss an die
PanelvorträgeBundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble
mit Vertretern der
Parteispitze der
BJPSCHÄUBLE TRIFFT
PARTEISPITZE DER BJP

Dr. Wolfgang Schäuble, Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, traf bei einer Rundtischdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung am 20. Januar 2015 in Neu-Delhi auf Vertreter der Parteispitze der in Indien regierenden Bharatiya Janata Party (BJP). Diskutiert wurden die Beziehungen zwischen Indien und Deutschland sowie Europa, globale Strategien zur Terrorbekämpfung sowie Wirtschaftsbeziehungen und Kooperationen bei Bildung und Weiterbildung. Schäuble schätzte die guten Beziehungen zwischen Indien und Deutschland und betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit der regierenden Parteien.



Auf dem Podium diskutierten Experten zur Korruptionsbekämpfung den aktuellen Korruptionsskandal Brasiliens im öffentlichen und privaten Sektor.

KAS BRASILIEN INITIIERT PARTNERSCHAFT MIT TRANSPARENCY INTERNATIONAL

Am 19. Dezember 2014 brachte die Konrad-Adenauer-Stiftung Brasilien in Zusammenarbeit mit Transparency International wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, u. a. Journalisten, Dozenten sowie Vertreter des brasilianischen Justizministeriums und des Privatsektors, zusammen, um den Tag der Bekämpfung von Korruption der UN zu begehen. Im Zentrum standen die Fragen, ob Korruption als endemische Volkskrankheit zu klassifizieren sei, welche strategischen Mittel und Herausforderungen in der Korruptionsbekämpfung wesentlich seien und wie es um die Integrität des Privatsektors und dessen Verantwortung

in firmeninterner Korruptionsbekämpfung stehe. Stringente Korruptionsbekämpfung und das Einsetzen für volle Transparenz seien nach den Erfahrungen der Experten grundlegend für die Entwicklung eines Landes. Brasilien erlebe derzeit einen der größten Korruptionsskandale seiner Geschichte im privaten und öffentlichen Sektor, sodass das Thema an Aktualität und Brisanz nicht zu überbieten sei. Die KAS und Transparency International haben mit diesem Seminar das erste Kapitel einer langfristigen Strategiepartnerschaft aufgeschlagen.

COSTA RICA: ERFAHRUNGSAUSTAUSCH ZUM THEMA MIGRATION



*Johannes Selle
MdB*

Anlässlich des Besuchs der CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Kippels und Johannes Selle in Costa Rica lud die KAS am 11. Februar 2015 zu einem Erfahrungsaustausch deutscher und costa-ricanischer Parlamentarier ein. Im Zentrum stand die Debatte um die Migration und Integration, die beide Länder gleichermaßen betrifft.

In ihren Redebeiträgen stellten die Abgeordneten Johannes Selle MdB und Dr. Georg Kippels MdB (beide CDU) sowie Rafael Ortíz (PUSC) und Mario Redondo (ADC) die jeweiligen geschichtlichen Abläufe und Entwicklungen der Einwanderung nach Deutschland und Costa Rica vor. Während Migranten in der Vergangenheit bereits ausschlaggebende gesellschaftliche Beiträge geleistet hätten, zeigten Arbeitslosigkeitsraten und Fremdenfeindlichkeit Integrationsprobleme an. Die Diskussion bot Gelegenheit, den Austausch zwischen Politikern und der Zivilgesellschaft zu vertiefen sowie Erfahrungen auf internationaler Ebene mitzuteilen und zu vergleichen.



MAROKKO: NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Aus Anlass des Besuchs von Herrn Peter Stein MdB organisierte das Büro der KAS in Marokko gemeinsam mit dem Conseil Régional der Region Marrakech-Tensift-Alhaouz (entspricht einem deutschen Landtag) ein Forum zu Themen der regionalen Stadtentwicklung. Stein skizzierte in seinem Vortrag globale Entwicklungslinien einer modernen Stadtplanung und -gestaltung. Dabei unterstrich er vor allem die entwicklungspolitische Bedeutung internationaler Zusammenarbeit sowie die Interessen Deutschlands, diesen Bereich der EZ zu stärken. Für die teilnehmenden Mandatsträger und Delegierten standen vor allem Fragen der Wirtschaftsförderung, der sozialen Ex- und Inklusion, der ungeregelten Inbesitznahme von Wohnraum sowie die Kriminalitätsbekämpfung im Vordergrund.

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



Teilnehmer und Organisatoren der KAS-Konferenz „Decentralization in a Changing Environment“ zusammen mit dem philippinischen Vizepräsidenten Jejomar Binay (3.v.r.) und Bernhard Kaster MdB (r.)

„TIME TO RECONFIGURE“

KAS-PHILIPPINEN DISKUTIERT DIE ZUKUNFT DER DEZENTRALISIERUNG

Zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Bernhard Kaster MdB, diskutierten Vertreter aus Exekutive, Legislative, akademische Experten und Gouverneure über die Zukunft der Dezentralisierung und Kommunalpolitik auf den Philippinen. Die Veranstaltungen „Time to Reconfigure: Decentralization in a Changing Environment“, organisiert vom Landesbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Local Government Development Foundation, lockte am 11. und 12. Februar rund 100 Zuhörer aus allen Landesteilen nach

Manila. Angesichts des Friedensprozesses in Muslim Mindanao und der damit geplanten Errichtung einer autonomen Region Bangsamoro wurden insbesondere Bedeutung und Herausforderungen im Bereich regionaler Selbstbestimmung intensiv diskutiert.

Neben Bernhard Kaster bereicherten unter anderem der Vizepräsident der Philippinen, Jejomar Binay, Innenstaatssekretär Austere Panadero und Senator Antonio „Sonny“ F. Trillanes IV das Konferenzprogramm.



Politische Nachwuchskräfte in Mali werden geschult.

WANTED! POLITISCHE NACHWUCHSKRÄFTE IN MALI

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

In Mali mangelte es vor und mangelt es nach der Krise von 2012 an politischen Nachwuchskräften. Seit 2014 bildet die KAS daher Jugendorganisationen verschiedener politischer Parteien fort. Kurz vor Weihnachten 2014 wurden in Sibi nahe der senegalesisch-guineischen Grenze 25 Nachwuchspolitiker geschult, deren Parteien größtenteils im Parlament vertreten sind. Gemeinsam wurden Vorschläge ausgearbeitet, wie Nachwuchspolitiker in ihren jeweiligen Parteien besser gefördert werden können.

NAMIBIA: DEMOKRATIE OHNE AUSREICHEND DEMOKRATEN?

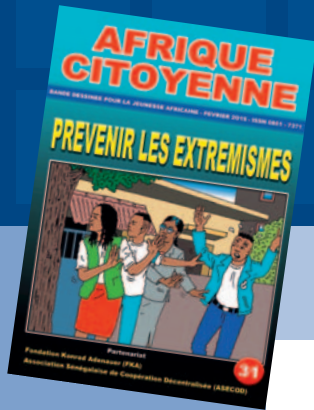
Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

Anspruch und Wirklichkeit einer demokratischen Verfassung in Namibia nach 25 Jahren Unabhängigkeit standen im Zentrum einer Veranstaltung der KAS in Windhoek am 10. Februar 2015. Als Experten referierten



v.l.n.r.: Dr. Bernd Althusmann, Leiter des KAS-Auslandsbüros Namibia-Angola; Prof. Nico Horn, UNAM; Phil Ya Nangoloh, NamRights

Professor Nico Horn von der namibischen Universität UNAM und Phil Ya Nangoloh, Menschenrechtsaktivist und Direktor von NamRights. Die Diskussion zwischen Experten und Gästen widmete sich im Wesentlichen der strittigen Frage, ob Namibia in den letzten 25 Jahren tatsächlich Demokratiefortschritte erzielt habe. Die Verfassung schütze zwar die wesentlichen Grundrechte auf Basis der allgemeinen Menschenrechte, aber bei genauer Betrachtung sei die 1990 vom Parlament angenommene erste demokratische Verfassung Namibias 25 Jahre später manchmal nur Teil einer demokratischen Fassade. Die überwältigende und kontinuierliche Zweidrittelmehrheit der SWAPO im Parlament und die seit Jahren spürbare Vermischung von Regierungs- und Parteiinteressen höhle den Demokratisierungsprozess zusehends aus, so die Experten. In Namibia wurde bis heute die Verfassung drei Mal mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Parlament geändert, wobei sich der Eindruck aufdrängt, dass es sich bei diesen Verfassungsänderungen auch um die Sicherung von Macht handelte.



EIN COMIC GEGEN EXTREMISMUS

Das neue pädagogische Comic „Afrique Citoyenne“ trägt den Titel „Extremismus vorbeugen“ – ein hochaktuelles Thema auch in Senegal. Wenngleich das Land bekannt ist für das friedliche Zusammenleben der religiösen und ethnischen Gemeinschaften, ist doch eine Zunahme extremistischer Gruppierungen und Meinungen zu verzeichnen. Afrique Citoyenne wird an allen Schulen und in Jugendorganisationen verteilt, denn die Erziehung zu Toleranz, Offenheit und Dialogfähigkeit muss früh beginnen, damit sie Früchte tragen kann.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

DEMOKRATIE IST DER WEG!

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

VORSTELLUNG IDD-LAT 2014 IN MEXIKO UND GUATEMALA

Ende 2014 veröffentlichte das KAS-Regionalprogramm in Zusammenarbeit mit der argentinischen Beratungsagentur Polilat den 13. Demokratieindex Lateinamerika (IDD-Lat). Dies nahm die KAS-Mexiko zum Anlass, Vorstellungen im Bundesstaat Nuevo León (Monterrey) sowie in Mexiko-Stadt zu organisieren. Während die Ergebnisse für Mexiko ernüchternd sind und das Land das zweitschlechteste Ergebnis seit 2002 erzielte, sollen die Resultate dazu dienen, Politik und Zivilgesellschaft zu motivieren, an den Demokratiedefiziten zu arbeiten. Im Bundesstaat Nuevo León nahm u. a. auch der Vorsitzende des Landesvorstandes der PAN teil und nutzte die Ergebnisse dazu, seine Partei zu aktiverer Teilnahme an der Verbesserung der mexikanischen Demokratie aufzurufen.



Prof. Dr. Stefan Jost und Jorge Arias

In Guatemala hatte Jorge Arias, Direktor von Polilat, mit der Vorstellung des aktuellen IDD-Lat keine einfache Aufgabe übernommen: Guatemala landete auf dem letzten Platz! Der Report zeigt, dass Guatemala erhebliche Schwächen im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufweist. Die starke Zersplitterung und Volatilität des Parteiensystems sind weitere Faktoren für das schlechte Abschneiden des Landes in der Bewertung. Das Fazit des IDD-Lat 2014, „Demokratie ist der Weg!“, ist daher gerade in Guatemala ein Appell zu weiteren Anstrengungen für eine demokratische Entwicklung.

WEGE FÜR EIN DEMOKRATISCHES KUBA

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN



Der Repräsentant der KAS in Mexiko, Prof. Dr. Stefan Jost, mit Vertretern der kubanischen Christdemokraten

Unter diesem Motto stand die Kuba-Konferenz der KAS-Mexiko vom Dezember 2014. Sie war ein Novum, denn neben den vier christdemokratischen ODCA-Mitgliedsparteien nahmen insgesamt 17 vorwiegend in Kuba selbst arbeitende, über das christdemokratische Spektrum hinausgehende Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen teil.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz, an der auch Experten aus Deutschland, Argentinien und den USA teilnahmen, standen neben einer Analyse der aktuellen kubanischen Situation die Arbeitsmöglichkeiten der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition in dem karibischen Inselstaat. Auf Initiative der Teilnehmer wurde eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet, ebenfalls ein Novum zwischen den oppositionellen Gruppierungen, mit einem eindeutigen Bekenntnis zu einer friedlichen Transition in Kuba. Hervorgehoben wurde, dass KAS und ODCA mit dieser Tagung einem pluralistischen Spektrum kubanischer Opposition eine wichtige Diskussionsplattform ermöglicht habe, die deren Zersplitterung entgegenwirken kann. Auch die vier der ODCA angehörenden christdemokratischen Parteien nahmen an der Konferenz teil und verständigten sich auf eine gemeinsame Grundsatzerklärung über das künftige Vorgehen.

■ EUROPAPOLITIK

DIE EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG ZWISCHEN VERTRÄGEN UND KONFLIKTEN

„Frieden braucht seine Zeit“, erklärte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in einem öffentlichen Vortrag in der georgischen Hauptstadt. Auf Einladung des KAS-Regionalbüros Südkaukasus sprach er am 13. Februar in Tiflis vor Regierungsvertretern, Parlamentariern, Studierenden und Vertretern der Zivilgesellschaft über die europäische Friedensordnung, die durch die Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine ins Wanken geraten ist. Die Entwicklungen in der Ukraine werden in Georgien aufgrund der eigenen leidvollen Geschichte mit größter Besorgnis verfolgt

und so war das Publikum gespannt auf die Ausführungen des deutschen Gastes. Nach einer Einführung durch seinen Amtskollegen, den georgischen Parlamentspräsidenten David Usupashvili, skizzierte der Bundestagspräsident anhand historischer Rückblenden nicht nur den beispiellosen europäischen Einigungs- und Versöhnungsprozess, sondern entwickelte auch eine Vision eines geschichtsbewussten und prinzipientreuen Europas, das Konflikte friedlich löst. In der anschließenden Diskussion wurde die europäische Perspektive Georgiens lebhaft erörtert.

v.l.n.r.: Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert; Dr. Canan Atilgan, Leiterin des KAS-Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus, und der georgische Parlamentspräsident David Usupashvili



+++ KURZMELDUNGEN +++

EU UND MIGRATIONSPOLITIK

In der abendlichen Diskussionsrunde vom 9. Dezember 2014 diskutierte Stephan Mayer, Sprecher des Innenausschusses der CDU/CSU-Bundestagsgruppe und Vorsitzender der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags, mit Abgeordneten der Konservativen Partei und Fachleuten aus britischen Think Tanks zu aktuellen Fragestellungen der Migrationsdebatte in Großbritannien und Deutschland.

GRIECHENLAND NACH DEN WAHLEN: WIE GEHT ES WEITER?

Auf großes Interesse stieß die vom KAS-Auslandsbüro in Athen und dem Institut für Internationale Beziehungen der Panteion-Universität organisierte Diskussionsrunde, die sich mit den Perspektiven Griechenlands nach der Wahl auseinandersetzte – war es doch eine der ersten öffentlichen Veranstaltungen in Athen zum Thema, unmittelbar nach den vorgezogenen Parlamentswahlen Ende Januar 2015. Politikwissenschaftler, Vertreter internationaler Medien und Risiko-Analysten beschäftigten sich mit den Aussichten für die griechische nationale und europäische Politik unter der neuen Regierung.

EU-CHINA: AUF DEM WEG ZU EINER UMFASSENDEN STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT?

Am 10. Dezember 2014 fand die Konferenz „EU-China Comprehensive Strategic Partnership“ in der Dialogreihe zu den EU-China-Beziehungen auf Einladung der KAS-Peking in Hongkong statt. Die sino-europäische Zusammenarbeit wurde in den letzten Jahren deutlich vertieft; grundlegende Divergenzen bleiben jedoch bestehen. Ein Erklärungsansatz könnten unterschiedliche kulturelle Werte sein.



v.l.: Dr. Stefan Auer, The University of Hong Kong; Prof. Ting Wai, Hong Kong Baptist University; Prof. Jean-Pierre Cabestan, Hong Kong Baptist University

Gegenstand der Diskussion waren weiterhin die Wirkung und Legitimation von Sanktionspolitik, Chinas „new type of great power relations“ und neue außenpolitische Strategien Chinas. Es sei Chinas Intention, andere Länder am eigenen Aufstieg teilhaben zu lassen, um gewinnbringende Umstände für alle zu schaffen, so der offizielle Standpunkt. Eine strategische Zusammenarbeit zwischen der EU und China in außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfeldern fehle aber bis heute. Spezifische Interessen würden immer noch über die bilaterale Zusammenarbeit zwischen China und den einzelnen EU-Mitgliedstaaten verhandelt.

GEGEN HOHE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN DER EU

Die EU-Kommissarin für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Marianne Thyssen, hat sich im Rahmen einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 26. Januar 2015 in Berlin für den Ausbau und die Fortsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausgesprochen. „Wir als EU-Kommission unterstützen alle Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Jugendgarantie“, sagte Thyssen.

Mit der Jugendgarantie sollen alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit ein Angebot erhalten. „Wir können es nicht akzeptieren, dass heute jeder fünfte Jugendliche auf dem europäischen Arbeitsmarkt keinen Job findet“, kritisierte Thyssen, die neben der Jugendgarantie auch kommende Reformen des europäischen Arbeitsmarktes vorstellte.

„Unsere Mission ist es nun, die Wirtschaft zurück auf den Pfad des Wachstums und zu anständiger Arbeit zu führen“, sagte Thyssen. Der europäische Binnenmarkt müsse gestärkt werden, aber dabei „muss die Subsidiarität der Mitgliedstaaten respektiert werden“. Zur Arbeitsmarkt- und Sozialagenda der EU-Kommission gehören neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch eine faire Arbeitsmarktmobilität und die Stärkung eines sozialen Europas.



EU-Kommissarin Marianne Thyssen

EUROPAPOLITIK ■

REFORMEN UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN FÜR DIE GRIECHISCHE WIRTSCHAFT

Zum Ende eines politisch und wirtschaftlich ereignisreichen Jahres luden das KAS-Auslandsbüro Griechenland, das Athener Wirtschaftsforschungsinstitut IOBE sowie das kanadische Centre for International Governance Innovation (CIGI) Anfang Dezember 2014 zu einer international besetzten Diskussion über die griechische Staatsverschuldung, die Bedeutung der Strukturreformen für das Land sowie die Perspektiven für die griechische Exportwirtschaft ein. Professor Dr. Ansgar Belke von der Universität Duisburg-Essen diskutierte unter der Moderation des Kathimerini-Journalisten Athanasios Ellis mit dem Direktor von IOBE, Professor Nikos Vettas, sowie der ehemaligen IWF-Abteilungsleiterin Susan Schadler und der griechischen Wirtschaftswissenschaftlerin Miranda Xafa. Der Podiumsdiskussion folgten zahlreiche Fragen der anwesenden Abgeordneten, ehemaligen Minister, Think Tank-Vertreter, Multiplikatoren aus griechischen Ministerien sowie akademischen Fachleute.



v.l.n.r.: Nikos Vettas, Direktor IOBE; Susanna Vogt, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Griechenland; Susan Schadler, CIGI; Athanasios Ellis, Kathimerini; Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen; Miranda Xafa, CIGI

SOLIDARITÄT ALS GRUNDLAGE FÜR INTEGRATION

Ein fortschreitender Integrationsprozess der EU ist ohne Solidarität zwischen den Staaten nach Einschätzung von Peter Weiß MdB kaum möglich. Bei einer Buchvorstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit der Päpstlichen Universität Gregoriana zum Thema „Demokratie und Solidarität“ am 15. Januar 2015 in Rom sagte Weiß: Der Anschlag in Frankreich habe gezeigt, dass Europa zur Solidarität fähig sei. Auch beim Thema Flüchtlinge müsse Europa nun schnell eine neue gemeinsame Vereinbarung treffen. Neben Weiß diskutierten auch der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta und der Vorsitzende des „Nationalen Amtes für soziale Probleme und Arbeit“ der Italienischen Bischofskonferenz (CEI), Fabiano Longoni, mit den Teilnehmern des „Cenacolo Sinderesi“, einem Kreis junger Menschen, die sich mit sozialetischen Fragestellungen beschäftigen.



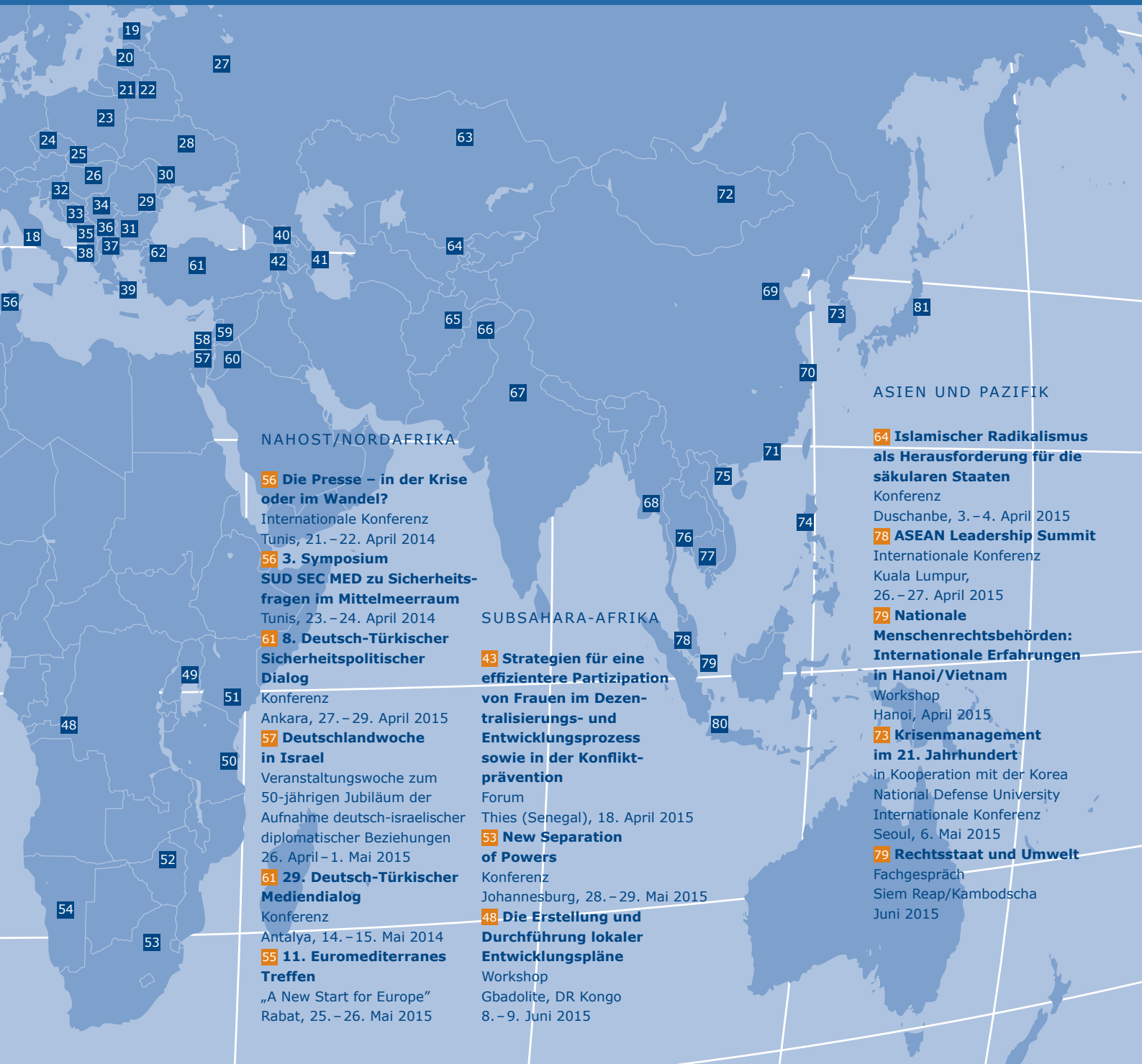
Enrico Letta und Peter Weiß MdB (re.)

Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

KAS-PANORAMA





emala, Guatemala-Stadt | 3 Honduras, Tegucigalpa | 4 Costa Rica, San José | 5 Venezuela, Caracas | 6 Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika) | 9 Chile, Santiago de Chile (Auslandsbüro und Regionalprogramm Demokratie) | 12 Argentinien, Buenos Aires | **EUROPA UND NORDAMERIKA** | 13 USA, Washington D.C. | 14 Großbritannien, London | 15 Belgien, Brüssel | 16 Litauen, Vilnius | 21 Litauen, Vilnius | 22 Belarus, Bürositz: Vilnius | 23 Polen, Warschau | 24 Tschechische Republik, Prag | 25 Slowakische Republik, Bratislava | 26 Europa) | 30 Republik Moldau, Chişinău | 31 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | 32 Kroatien, Zagreb | 33 Bosnien und Herzegowina, Sarajevo | 34 Georgien, Tiflis (Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) | 41 Aserbaidschan, Baku | 42 Armenien, Eriwan | **SUBSAHARA-AFRIKA** | 43 Senegal/Mali, Dakar | 44 Nigeria, Abuja | 48 DR Kongo, Kinshasa | 49 Uganda, Kampala | 50 Tansania, Dar es Salaam | 51 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm) | **NORDAFRIKA UND NAHOS** | 55 Marokko, Rabat | 56 Tunesien, Tunis | 57 Israel, Jerusalem | 58 Palästinensische Gebiete, Ramallah | 59 Libanon, Beirut | 60 Türkei, Ankara und Istanbul | **ASIEN UND PAZIFIK** | 63 Kasachstan, Astana | 64 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) | 65 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 66 Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien) | 67 Mongolei, Ulaanbaatar | 68 Philippinen, Manila | 69 Vietnam, Hanoi | 70 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 71 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 72 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 73 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 74 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta | 75 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta

■ WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



v.l.n.r.: Christina Baade, KAS, Patrick Arness, Allison Busbee, Thomas Bareiß MdB, Tom Hassenboehler, Patrick Currier, Jean Roehrenbeck, Jeanene Laird, KAS

TTIP: PLATTFORM FÜR TRANSATLANTISCHEN ENERGIEDIALOG

Der Energiedialog nimmt eine zentrale Rolle in der transatlantischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Im Dezember 2014 organisierte die KAS eine Delegationsreise mit US-amerikanischen Energieexperten aus dem Energieausschuss des Kongresses nach Brüssel und Berlin.

Bei den Gesprächen über Energie- und Klimapolitik spielte TTIP durchgehend eine wichtige Rolle. Von vielen Seiten wurde TTIP als Basis für eine strategische Partnerschaft in Energiefragen gesehen. Ähnlich machte auch Thomas Bareiß MdB deutlich, dass TTIP als

Klammer für gemeinsame Werte und darauf aufbauende Politik auf beiden Seiten des Atlantiks dienen könne.

Nichtsdestotrotz trat in den Gesprächen auch zutage, dass es noch unterschiedliche Interessen gibt. So wollen z.B. die Europäer ein eigenes Energiekapitel im TTIP-Abkommen, um auch amerikanische Energiequellen stärker nutzen zu können. Die USA sind dagegen noch nicht bereit, insbesondere Rohöl in größerem Umfang zu exportieren. Es wird jedoch erwartet, dass ein Freihandelsabkommen die Lieferung von Energierohstoffen aus den USA vereinfachen würde.



Seminarraum der KAS Moskau: An der Stirn sitzen der Referent Prof. Michael Eilfort und die Leiterin der KAS in Moskau, Claudia Crawford.

TARIFAUTONOMIE UNTER TRANSFORMATIONS-BEDINGUNGEN

Am 11. Dezember 2014 diskutierten in Moskau Vertreter von Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaft über die Tarifaufonomie. Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, ging bei seinen Ausführungen auf die Veränderungen der Arbeitswelt in Deutschland und ihre Rückwirkungen auf den Verhandlungsprozess zwischen den Tarifpartnern ein. In Russland ist die Situation kaum vergleichbar. Die Gewerkschaften haben keine Durchschlagskraft und auf Arbeitgeberseite herrscht kein großes Interesse an Arbeitnehmermitbestimmung. Bis zu einer entwickelten Tarifaufonomie ist es noch ein weiter Weg.



v.l.n.r.: Edward Bowles, TTIP-Beratergruppe der EU-Kommission, Standard Chartered Bank; John Healey MP, Vorsitzender der überparteilichen Parlamentariergruppe zu TTIP; Jennifer Hillman, Senior Transatlantic Fellow, GMF; Peter Chase, US-Handelskammer, Vizepräsident für Europa

TTIP-FACHKONFERENZ IN LONDON

Das transatlantische Freihandelsabkommen stößt besonders in Deutschland, jedoch auch in Großbritannien und anderen Teilen der EU auf teils starke Ablehnung. Dabei werden vermeintliche Gefahren des Abkommens stark überzeichnet und die positiven Auswirkungen schlecht kommuniziert. Aus diesem Grund führte die KAS in Zusammenarbeit mit dem German Marshall Fund und dem European Council on Foreign Relations in London einen Workshop zu diesem Thema durch. Experten aus den USA und der EU schilderten ihre unterschiedlichen Perspektiven, diskutierten die Versäumnisse in der Kommunikation des Freihandelsabkommens und gaben einen Ausblick auf die potenziellen geopolitischen Auswirkungen zum Beispiel auf die britische Debatte zum Verbleib in der EU.

Neue Seminarreihe: Soziale Marktwirtschaft – Wirtschaft und Gesellschaft verbinden

Die KAS-Griechenland beginnt 2015 eine neue Seminarreihe zu dem in Griechenland weitgehend unbekannten Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: In Seminaren für Wirtschaftsstudenten sowie weiteren Veranstaltungen sollen theoretische Grundlagen vermittelt und die praktische Relevanz dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zur Diskussion gestellt werden.

„Spirit of Entrepreneurship“ in Griechenland

In Kooperation mit den beiden großen Athener Wirtschaftsuniversitäten organisiert die KAS-Griechenland eine neue Diskussionsreihe mit Gründern und erfahrenen Unternehmern aus Griechenland sowie anderen europäischen Partnerstaaten. Themen sind die Chancen für Startups sowie die grundsätzliche Bedeutung von Unternehmertum für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Im Mittelpunkt stehen für Griechenland relevante Wirtschaftszweige; den Auftakt bildete Anfang Februar 2015 der Gesundheits- und Pharmasektor.

Ausblick auf die jordanische Wirtschaft

Im Rahmen eines Workshops stellten das KAS-Büro Amman und sein Partner ISNAAD Consulting am 28. Januar den neuen Bericht „Jordan's Economic Outlook 2015 – Determinants of Economic Reform“ vor, der von hochrangigen Wirtschaftsvertretern diskutiert wurde.

Dieser Bericht bildet den Auftakt einer Reihe, die 2015 in Kooperation von KAS und ISNAAD zu wirtschaftlichen Themen publiziert wird.



Auftaktveranstaltung für das Programm „Das ausbildende Unternehmen“, mit dem die KAS und ihre Partner jungen Tunesiern den Zugang in das Berufsleben erleichtern wollen

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

DUALE AUSBILDUNG IN TUNESIEN

Das Interesse an der dualen Ausbildung in Tunesien wächst. Über 80 Prozent der tunesischen Unternehmen würden gerne Mitarbeiter einstellen, die eine Berufsausbildung absolviert haben. Sie sind jedoch bisher in vielen Fällen unzufrieden mit der Qualifikation dieser Absolventen oder finden nicht das gewünschte Profil. Dies ist eines der Kernergebnisse der im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Centre des Jeunes Dirigeants und der Deutsch-Tunesischen Handelskammer veröffentlichten Studie zu Stand und Potenzial der Berufsausbildung in Tunesien. Bei der Vorstellung der Ergebnisse am 23. Januar 2015 im Rahmen einer Fachkonferenz in Tunis wurde deutlich, dass insbesondere das duale Ausbildungssystem ein wichtiger Schlüssel sein kann, die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. In der praktischen Umsetzung gibt es bislang aber viele Probleme, bspw. bei der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Ausbildungszentren.



HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DIE JÜNGERE GENERATION

Die Finanz- und Bankenkrise in den USA, die europäische Schuldenkrise und das sich abschwächende Wirtschaftswachstum in Asien werden noch mehrere Jahre weltweit die Arbeitsmärkte beeinflussen. Die jüngere Generation muss in vielen Ländern weiterhin damit rechnen, erst nach mehreren Jahren einen gesicherten Job mit solider Bezahlung zu finden. Neben einer guten



Ausbildung müssen Berufseinsteiger ein hohes Maß an Mobilität und Flexibilität mitbringen, das wirkt sich auf die individuelle Lebensplanung aus. Anfang Dezember hat das KAS-Regionalprogramm „Soziale Ordnungspolitik Asien“ (SOPAS) in Kooperation mit der Japan Foundation zu den damit verbundenen Herausforderungen eine internationale Konferenz ausgerichtet. Strukturelle Anforderungen an eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen bei der Veranstaltung in Tokio im Mittelpunkt.

JUNGE UNTERNEHMER UND JUNGE POLITIK

ZWEI WELTEN VERBINDEN

Mit Unterstützung des KAS-Auslandsbüros Griechenland fand im Dezember 2014 eine von der Jugend der Europäischen Volkspartei (YEPP) und ihrer griechischen Mitgliedsorganisation ONNED organisierte Tagung statt, die 120 junge Politiker und Unternehmer aus 40 Ländern in Athen zusammenführte. Der Austausch und die Kooperation von Nachwuchspolitikern und Gründern war Ziel der Konferenz, anlässlich derer die KAS-Griechenland auch eine Delegation des Jungen Wirtschaftsrates der CDU in Athen empfing. Jenseits der Fachkonferenz hatte die Delegation Gelegenheit zum Austausch mit Experten aus Politik und Wirtschaft.

Der YEPP-Vorsitzende Konstantinos Kyranakis eröffnete die Tagung zu jungem Unternehmertum und junger Politik in Athen.



■ RECHTSSTAAT



Die aufmerksamen Gesichter zeigen, dass die Folgen des Klimawandels uns alle angehen.



Dr. Josué Baquix, Präsident des Obersten Gerichtshofs, hält die Abschlussrede.

QUALIFIZIERTE GERICHTSDOLMETSCHER...

...verbessern Zugang der indigenen Bevölkerung zur Justiz

Am 13. Februar nahmen rund achtzig guatemaltekeische Gerichtsdolmetscher für verschiedene Maya-Sprachen ihre Diplome für die Teilnahme am Spezialisierungskurs zu Fachbegriffen aus Justiz und Sprachmittlung für indigene Nutzer in Empfang. Auf Grund unterschiedlicher Konzepte von indigenem und positivem Recht und wegen des Fehlens verschiedener Begriffe der offiziellen Rechtssprache in Maya-Sprachen fällt den Dolmetschern, in der Regel Juristen mit indigenem Hintergrund, eine besondere Aufgabe zu. Ihre Arbeit trägt wesentlich zum verbesserten Zugang der indigenen Bevölkerung zur Justiz bei. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs hob in seiner Abschlussansprache die Bedeutung des Kurses, einer gemeinsamen Veranstaltung der Abteilung für indigene Angelegenheiten des Obersten Gerichtshofs, der San Carlos-Universität, der Akademie für Maya-Sprachen und der Konrad-Adenauer-Stiftung, hervor und bedankte sich bei den Absolventen für ihr Engagement.

RECHTSSTAATSPROGRAMM ERHÄLT JUSTITIA

Das Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika und sein Leiter Peter Rimmel erhalten als Anerkennung für die Kooperation mit dem Judicial Superior Council des Libanon die neu geschaffene libanesische Auszeichnung „Justitia“.

KLIMAWANDEL UND MENSCHEN- RECHTE IN OSTAFRIKA

Welche Auswirkungen wird der Klimawandel in Ostafrika haben? Welche Herausforderungen sind damit für Politik und Gesetzgebung verbunden? Und welche Chancen bieten sich aber auch durch den Klimawandel? Diese Themen waren Gegenstand einer Konferenz, die das Rechtsstaatsprogramm Afrika Südlich der Sahara zusammen mit dem „Development and Rule of Law Programme“ der Universität Stellenbosch in der kenianischen Hauptstadt Nairobi durchführte. Teilnehmer waren u. a. Juristen, Hochschullehrer, Studenten und Politiker aus Äthiopien, Djibouti, Tansania, Uganda, Ruanda, Somaliland und Kenia.

Dabei wurde herausgearbeitet, welche enge Verbindung zwischen dem Klimawandel und den Menschenrechten besteht, wenn z. B. Lebensräume bedroht sind und Flüchtlingsbewegungen aufgrund von Klimaveränderungen einsetzen.

RICHTERLICHE RECHENSCHAFTSPFLICHT IN MANILA/PHILIPPINEN

Die in der Region nach wie vor verbreitete Korruption macht vielerorts auch nicht vor der Justiz halt. Dies ist im Hinblick auf den besonderen Vorbildcharakter der Richter und ihre Bedeutung für die unabhängige Kontrolle staatlichen Handelns in besonderem Maße nachteilig. Auf einer Konferenz zur Korruptionsvermeidung gerade in der Justiz, veranstaltet gemeinsam mit dem CenterLaw Philippines, diskutierten Richter, Rechtsanwälte und Journalisten institutionsspezifische Ansätze. Hauptredner waren Richter Michael Kirby aus Australien, der frühere UN-Beauftragte für die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte, Dato Param Cumaraswamy aus Malaysia, und der frühere Justizminister Sri Lankas, Dr. Nihal Jayawickrama. Alle drei sind Mitglieder der Judicial Integrity Group der Vereinten Nationen und Mitautoren der Bangalore-Prinzipien für richterliche Verhaltensweisen. Gegenstand der Erörterungen waren Beispiele und Herausforderungen für die Unabhängigkeit, Integrität und Effizienz der Justiz in Asien sowie der Weg zu Reformen.



von links: Dato Param Cumaraswamy, Dr. Nihal Jayawickrama und Richter Roki Panjaitan aus Indonesien

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN



Andrang beim
Bücherstand
während der
Konferenz
in Beirut Ende
2014

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

RECHTSSTAAT ■

VERFASSUNGSGERICHTSBARKEIT UND RECHTS- STAATLICHKEIT IN ARABISCHEN LÄNDERN

Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit für den demokratischen Prozess in den einzelnen Ländern der Region Naher Osten/Nordafrika und auch die Schwierigkeiten einzelner Länder mit der Trennung von Staat und Religion bergen viel Konfliktpotenzial. Das Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika veranstaltete in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem libanesischen Verfassungsrat eine internationale Konferenz in Beirut zum Thema „Verfassungsgerichtsbarkeit und Rechtsstaatlichkeit in arabischen Ländern“ mit den Präsidenten und Repräsentanten

von Verfassungsgerichten und -räten aus der gesamten Region Naher Osten/Nordafrika. Insbesondere die Idee der Verfassungsbeschwerde als ein Mittel, den Grundrechtsschutz des einzelnen Bürgers zu gewährleisten, sowie die Darstellungen Dr. Jörg Menzels, Verfassungsexperte an der Universität Bonn, stießen auf großes Interesse unter den Teilnehmern. Folgeveranstaltungen – auch vor dem Hintergrund der Netzwerkstärkung zwischen und mit den Verfassungsgerichten und -räten – gemeinsam mit dem libanesischen Verfassungsrat sind geplant.

TEUFELSKREIS MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND STRAFLOSIGKEIT

MEXIKO UND ZENTRALAMERIKA AUF DER SUCHE NACH ERKLÄRUNGEN FÜR DAS UNFASSBARE

Lateinamerika, insbesondere Mexiko und Zentralamerika, weisen im globalen Vergleich die höchsten Kriminalitätsraten auf. In Mexiko erregen immer wieder grausame Verbrechen und die notorische Unterwanderung staatlicher Institutionen durch die organisierte Kriminalität Aufsehen. Die Behörden scheinen dieser Exzesse hingegen nicht Herr zu werden. Die Duldung oder sogar aktive Beteiligung staatlicher Stellen an gravierenden Menschenrechtsverletzungen in dieser Gewaltspirale lässt sich nicht mehr bestreiten. Auf einem Seminar zur Straflosigkeit bei schweren

Menschenrechtsverletzungen diskutierten auf Einladung einer Allianz von Nichtregierungsorganisationen mit Unterstützung des Rechtsstaatsprogramms Vertreter staatlicher Institutionen, der Zivilgesellschaft und internationale Experten mögliche Ursachen und Lösungsansätze. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, einschlägige Erfahrungen etwa aus Chile, Argentinien und Kolumbien mit der Situation in Mexiko zu kontrastieren, auf der Suche nach Ansätzen, um das fragile soziale Gefüge wiederherzustellen und das Vertrauen in den Staat zurückzugewinnen.

Francisco Soberón
erläutert die
Erfahrungen mit
der Bekämpfung
des „Leuchtenden
Pfades“ in Peru
sowie Menschen-
rechtsverletzungen
unter der Fujimori-
Regierung.



Jüngste Fälle von Verschwindenlassen und nicht-legalen Hinrichtungen haben den Ernst der Lage nochmals vor Augen geführt. Diese erfordert breit angelegte Bemühungen auf allen Ebenen. Am schwierigsten dürfte dabei für Gesellschaft und Politik die Selbstdiagnose sein. Jahrzehnte der Einparteienherrschaft haben das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen verzögert. Das politische System weist gewisse autistische Züge auf. Die Veranstaltung zeigte aber auch den unbedingten Willen einiger Akteure, sich nicht länger mit dem Status quo abzufinden.

■ ENERGIE-, KLIMA- UND UMWELTPOLITIK



COP20

INTERNATIONALE KLIMAVERHANDLUNGEN IN LIMA

SYMPOSIUM: Parallel zu den internationalen Klimaverhandlungen in Lima organisierte das Länderbüro der KAS in Peru mit seinem Projektpartner im Bereich Kommunalpolitik, dem Instituto de Investigación y Capacitación Municipal (INICAM), und dem KAS-Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel in Lateinamerika im Dezember 2014 ein Symposium mit Vertretern aus den Ländern der Pazifik-Allianz. Ziel war es, den Erfahrungsaustausch zwischen Politikern auf verschiedenen Ebenen zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu fördern. Die Teilnehmer kamen aus Peru, Kolumbien, Mexiko, Chile und Brasilien. Im Anschluss an das Symposium konnte zudem die Gründung eines Netzwerks lokaler Akteure der Pazifik-Allianz verkündet und eine gemeinsame Abschlusserklärung auf der internationalen Messe „Stimmen für das Klima“ im Rahmen der COP20 vorgestellt werden.

DISKUSSIONSRUNDE: Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Carbon Disclosure Project (CDP) führten während der internationalen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (COP20) in Lima ein Side Event durch. Andreia Bahne, Account Manager CDP Cities Latin America, stellte den internationalen Teilnehmern dabei eine von der KAS geförderte Studie vor, die sich mit Kooperationsmöglichkeiten zwischen Städten und Unternehmen für eine nachhaltigere Wirtschaftsordnung befasst. An der anschließenden Panel-Diskussion nahmen lateinamerikanische Wirtschaftsvertreter und Politiker, u. a. Sir David King, britischer Entsandter für die Klimaverhandlungen, und Alberto Martín Barandiarán Gómez, Berater des peruanischen Vize-Umweltministers, teil. Dr. Christian Hübner, Leiter des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika, schloss das Panel mit dem Verweis auf die Bedeutung der Kommunalpolitik für Bottom-up-Ansätze beim Klimaschutz.

v.l.n.r.: Nigel Topping (CDP); Alberto Martín Barandiarán Gómez, Berater des Vize-Umweltministers Peru; Juliana Lopez, CDP; Felix Dane, Leiter des KAS-Auslandsbüros Brasilien; Karina Marzano, KAS; Rodolfo Sirol, CPFL; Andreia Bahne, CDP; Christian Hübner, Leiter des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel in Lateinamerika; David King, Entsandter für Klimawandelverhandlungen, UK; Pedro Sirgado, EDP Energy Brasil

ROUND-TABLE 1: Am 11. Dezember 2014 organisierte die KAS-Peru zusammen mit ihrem Partner für Sozialchristliche Studien (IESC) ein Forum zu den Perspektiven für ein Internationales Klimaabkommen und die Rolle Deutschlands bei den Verhandlungen während der COP20 in Lima. Die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Matern von Marshall und Thomas Gebhart erläuterten hierbei die Klimapolitik der Bundesregierung und tauschten sich mit peruanischen Experten aus dem christlich-demokratischen Spektrum aus. An dem Rundtisch nahm auch der ehemalige Premierminister Perus Luis Solari teil.

ROUND-TABLE 2: Anlässlich der internationalen Klimaverhandlungen in Lima lud die KAS-Peru in Zusammenarbeit mit dem peruanischen Umweltministerium Christian Noll, dem Geschäftsführer der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF), zu einem Rundtischgespräch zum Thema Energieeffizienz im Rahmen der internationalen Klimamesse „Stimmen für das Klima“ am 7. Dezember 2014 in Lima ein.

v.r.: Christian Noll, Geschäftsführer DENEFF; Reynaldo Lloa, Geschäftsführer Infrastrukturunternehmen Graña



Montero; Iris Cárdenas, Geschäftsführerin der Generaldirektion Energieeffizienz des Umweltministeriums; Julia Justo Soto, Nationaler Umweltfonds; Lorenzo Palazetti, Gasunternehmen REPSOL

■ NEUE LEITUNG UND NEUER STANDORT

Anfang des Jahres übernahm Dr. Christian Hübner die Leitung des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika. Zudem hat eine Verlagerung des Sitzes von Rio de Janeiro (Brasilien) nach Lima (Peru) stattgefunden. Dr. Christian Hübner folgt damit auf Felix Dane, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Brasilien, der das Programm bisher kommissarisch leitete.

Neue Adresse des Programms:

Calle Cantuarias 160, Oficina 202 Miraflores, Lima 18, Perú
Tel. +51 1 447 4378
www.kas.de/energie-klima-lateinamerika/

Christian Noll betonte in seinem Vortrag, dass die Steigerung der Energieeffizienz nicht nur die kostengünstigste Methode im Kampf gegen den Klimawandel darstelle, sondern auch unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung sei.

SÜDAFRIKAS SONNE MACHT ES MÖGLICH

v.l.: Holger Dix, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Südafrika; der Solarexperte Anton Swart und die stv. KAS-Vorsitzende Prof. Beate Neuss



Als erstes Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung setzt die KAS-Südafrika bei ihrer Energieversorgung auf Solarenergie vom eigenen Dach. Bei der Einweihung im Rahmen ihrer Südafrika-Reise sagte die stellvertretende KAS-Vorsitzende Prof. Beate Neuss: „Es ist ein außergewöhnliches Projekt, weil es das erste Büro mit Solarpanels auf dem Dach ist, sowohl im In- wie im Ausland. Aber es passt sehr gut zur Konrad-Adenauer-Stiftung, da wir ja das Prinzip der Nachhaltigkeit vertreten.“

Südafrika, vor allem der Standort Johannesburg, weist hohe Sonneneinstrahlungswerte auf und verfügt damit über ein großes Potenzial für Solarenergie – für Dr. Holger Dix, Leiter des KAS-Aus-

landsbüros Südafrika, aber nur ein Grund, auf Sonnenenergie zu setzen: „Es gibt mehrere gute Gründe für unsere Solaranlage – und ich nenne einen sehr pragmatischen Grund zuerst: Wir brauchen den Strom! Südafrika befindet sich auf absehbare Zeit in einer Energiekrise, der staatliche Energiekonzern ESKOM kann die benötigte Energie nicht durchgehend bereitstellen. Die Folge sind regelmäßige Stromabschaltungen. Die jetzt installierten 9,75 KW Solarstrom und Batterien geben uns die notwendige Versorgungssicherheit, um das Büro am Laufen zu halten. Zweitens: Die Strompreise steigen in Südafrika rasant an. Die Investition in die Solaranlage wird sich daher schon bald rechnen. Und schließlich: Energieversorgung und Klimaschutz sind wesentliche Themen unserer Arbeit in Südafrika. Die Nutzung erneuerbarer Energien auch im KAS-Büro war für uns daher nicht nur eine pragmatische und finanziell sinnvolle Entscheidung, sondern auch ein politisches Signal: ‚Walk the Talk‘, wie man das hier so schön sagt.“

STÄDTISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFTEN:

GRONINGEN – OLDENBURG – HONGKONG

Rechtes Foto: Studenten der renommierten Hong Kong Baptist University zeigen großes Interesse an Europas Vorbildrolle im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung.

Am 29. Januar 2015 nahm die Veranstaltungsreihe „Groningen-Oldenburg: Urban Innovation Partnership in the EU“ ihren Auftakt. Sie fand im Rahmen der vom European Union Academic Programme Hong Kong initiierten Serie „Urban Innovations“ an der Hong Kong Baptist University statt.

Ressourcenknappheit und Klimawandel gehören zu den dringlichsten Fragen, wenn in Zukunft 80 Prozent der Bevölkerung in Städten wohnen werden. In China wurde Urbanisierung in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Themen. In Europa ist die Problemlösung bereits vorangeschritten. Professor Dr. Gerd Schwandner, bis November 2014 Oberbürgermeister von Oldenburg, stellte urbane Entwicklungskonzepte der niedersächsischen Stadt und des niederländischen Groningen vor. Über ihre geographische Nähe hinaus zeichnen sich beide



Städte durch Innovation und ein wirtschafts- und wissenschaftsfreundliches Klima aus, betonte Schwandner. Trotz ihrer vergleichsweise geringen Einwohnerzahl könnten die Städte auch für China Anregungen geben, da sie aufgrund ihrer autonomen Verwaltungsstruktur sehr flexibel auf Herausforderungen und Trends reagieren und innovative Entwicklungskonzepte erarbeiten.

■ WERTE- UND RELIGIONSIALOG



JOACHIM GAUCK ZU BESUCH IN TANSANIA

Im Rahmen seines Staatsbesuchs in Tansania kam Bundespräsident Gauck am 4. Februar 2015 zu einem Gespräch mit hohen Vertretern religiöser Gruppen auf Sansibar zusammen. Das Gesprächsforum stand im Zeichen des Interreligiösen Dialogs und wurde von der Deutschen Botschaft, dem Zanzibar Interfaith Centre (ZIC) und dem KAS-Auslandsbüro in Tansania vorbereitet. KAS und ZIC arbeiten seit vielen Jahren mit den verschiedenen Religionsgruppen auf Sansibar und dem tansanischen Festland zusammen, um interreligiöse Zusammenarbeit zu stärken. Bundespräsident Gauck wurde u. a. von Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt und ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Günther Nooke, Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin, Prof. Ulrike Freitag, Direktorin des Zentrums Moderner Orient (ZMO), und den Prälaten der katholischen und evangelischen Kirche Deutschlands Dr. Karl Jüsten und

Dr. Martin Dutzmann begleitet. Auf sansibarischer Seite nahmen Spitzenvertreter der verschiedenen Religionsgruppen an dem Gespräch teil, u. a. Sheikh Saleh Omar Kabi, Mufti von Sansibar, Augustine Shao, Bischof der katholischen Kirche Sansibars, und Sheikh Fadhil Suleiman Soraga, Generalsekretär im Büro des Muftis.



Bundespräsident Joachim Gauck zusammen mit religiösen Würdenträgern und Vertretern des Zanzibar Interfaith Centre und der Konrad-Adenauer-Stiftung Tansania. Neben Joachim Gauck stehen der Mufti von Sansibar, Sheikh Saleh Omar Kabi, und der Bischof der Katholischen Kirche Sansibars, Augustine Shao.

3. INTERNATIONALE FACHTAGUNG OSWALDO PAYÁ

DIE WIRKSAMKEIT DES CHRISTLICH-HUMANISTISCHEN GEDANKENGUTS

Die KAS-Chile veranstaltete vom 9. bis 10. Januar 2015 die 3. Internationale Fachtagung Oswaldo Payá im ehemaligen chilenischen Kongress. Die Veranstaltung trägt den Namen von Oswaldo Payá Sardiñas (1952–2012), kubanischer Bürgerrechtler und Gründer der Christlichen Befreiungsbewegung MCL, der die Demokratie- und Freiheitsbewegung in Kuba anführte und 2012 unter ungeklärten Umständen bei einem Verkehrsunfall starb.

Die diesjährige Tagung befasste sich mit „Reflektionen über die Wirksamkeit des christlich-humanistischen Gedankenguts“. Vor mehr als 700 Zuhörern debattierten hochrangige internationale Experten, wie der Präsident der chilenischen Abgeordnetenkammer Aldo Cornejo, der ehemalige Präsident Mexikos Felipe Calderón sowie der spanische Informationswissenschaftler Antonio Ortúzar, über die Verpflichtung, die christlich-humanistische Denkhaltung an die



Herausforderungen unserer globalisierten Gegenwart anzupassen, sie aber dennoch weiterhin in unser Leben aktiv zu integrieren.

Der zweite Veranstaltungstag war Eduardo Frei Montalva gewidmet, wobei im Rahmen von Expertenrunden über das politisch-ideologische Erbe des ehemaligen chilenischen Präsidenten reflektiert wurde.

**Demokratie
braucht
DEMOKRATEN**

V.l.n.r.: Holger Haibach, Leiter des KAS-Auslandsbüros Chile; Felipe Calderón Hinojosa, ehem. Präsident Mexikos; Kathrin Schneider, Wiss. Mitarbeiterin der KAS in Chile; Jorge Dell'Oro, Präsident OCPLA Argentinien; Manfred Steffen, Wiss. Mitarbeiter im Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie in Lateinamerika

Muslime, Christen, Juden und Vertreter traditioneller Religionen beim ökumenischen Gebet



WERTE- UND RELIGIONSIALOG ■

FRAU, RELIGION UND GESELLSCHAFT

PLÄDOYER FÜR DEN INTERRELIGIÖSEN DIALOG

Mehr als 200 Repräsentanten von Islam, Christentum, Judentum und afrikanischen Religionen diskutierten zwei Tage lang auf Einladung von KAS, israelischer Botschaft, Universität Dakar und ASECOD den in Senegal aktiv gelebten interreligiösen Dialog, der vielen Ländern als Beispiel gilt. Eine Analyse von Theologinnen zeigte, dass die Benachteiligung von Frauen nicht aus den heiligen Texten abzuleiten ist, sondern auf deren Interpretation durch eine patriarchalische Gesellschaft beruht. In den afrikanischen Religionen sind häufig Priesterinnen das Bindeglied zwischen Mensch und Gottheit, wodurch sie eine zentrale Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Diese Kenntnisse können eine zeitgemäße Auslegung religiöser Texte erleichtern. Die Probleme des im heutigen Senegal parallel existierenden modernen, islamischen und traditionellen Familienrechts wurden im zweiten Panel analysiert. Schließlich wurde die konstruktive Arbeit von Frauen in Friedens- und Dialoginitiativen gewürdigt.

RELIGION UND DEMOKRATIE IN EUROPA UND DER ARABISCHEN WELT



Vortrag von Dr. Stefan Friedrich (2.v.r.), Leiter des Teams Politikdialog und Analyse in der KAS, zu „Value-Oriented Politics“

Demokratie
braucht
DEMOKRATEN

Ende November 2014 veranstaltete die Adyan-Stiftung gemeinsam mit der KAS und der Libanesisch-Amerikanischen Universität eine Konferenz zum Thema: „Religion und Demokratie in Europa und der Arabischen Welt.“ An der Konferenz,

die in Beirut und Byblos stattfand, nahmen 30 Wissenschaftler, religiöse Autoritäten und Gläubige aus 16 Ländern teil. Sie zielte darauf ab, verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen ein Forum für den interreligiösen Dialog zu bieten. Auch sollte es weltlichen und geistlichen Gelehrten v. a. aus Christentum und Islam ermöglicht werden, in direkten Austausch miteinander zu treten und auch konfrontative Themen diskutieren zu können. Im Ergebnis entwickelte sich eine überaus spannende, erkenntnisreiche, bisweilen bewegende Diskussion um die Frage, inwieweit Religion und politische Werte miteinander interagieren und die Lage in der Region stabilisieren bzw. weiter destabilisieren.

PESANTREN FOR PEACE

NEUES EU-Projekt IN INDONESIA

Viele Indonesier erhalten ihre Schulbildung an Pesantren genannten Koranschulen. Diese unterrichten sowohl nicht-religiöse Fachrichtungen als auch die Inhalte der islamischen Schriften und spielen damit eine zentrale Rolle für das Glaubens- und allgemeine Werteverständnis im größten muslimischen Land der Welt. Vom 12. bis 16. Januar 2015 begann mit einem Inception Workshop das neue, von der Europäischen Union kofinanzierte KAS-Projekt „Pesantren for Peace“. Es ist Fortsetzung und Erweiterung einer langjährigen, erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Center for the Study of Religion and Culture (CSRC) der Staatlichen Islamischen Universität (UIN) und soll der stärkeren öffentlichen Wahrnehmung und Vernetzung moderater Pesantren dienen. Zu den in 30 Monaten Laufzeit geplanten Maßnahmen gehören unter anderem Studien, Workshops sowie von den Koranschulen selbst organisierte Diskussionsveranstaltungen und Austauschprogramme.



Irfan Abubakar, Direktor des CSRC, ist Mitglied im Steuerungskomitee des neuen Projekts.

+ + + KURZMELDUNG + + +

INTERNATIONALISIERUNG DES ONLINE-KURSES CHRISTLICHE SOZIALLEHRE

Mit Unterstützung des Regionalprojekts SOPLA und nach erfolgreicher Implementierung an der Katholischen Universität in Santiago de Chile wird die Päpstliche Universität Javeriana in Bogotá im Jahr 2015 einen Onlinekurs zum Thema „Christliche Soziallehre“ anbieten. Die Inhalte des digitalen, semesterbegleitenden Kurses stammen aus der Publikation „Guía para la Enseñanza de la Doctrina Social de la Iglesia en la Universidad“ und wurden technisch und didaktisch aufbereitet. Ziel des Onlinekurses ist es, Studierende für die Herausforderungen Lateinamerikas zu sensibilisieren, christliche Schlussfolgerungen abzuleiten und Grundgedanken einer „ordo socialis“ zu vermitteln.

Die Teilnehmer des Projekts „Balkan Multimedia 2014“ stammen aus Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Serbien, Deutschland und Montenegro.



■ MEDIEN

MEXIKO WÄHLT! POLITISCHE KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSEL ZUM WAHLERFOLG

Mexiko befindet sich 2015 in einem Superwahljahr: Auf Bundes-, Landes- und Ortsebene sind die Menschen aufgefordert, an der Wahlurne über die Politik ihres Landes abzustimmen. Für die Parteien kann ein gut konzipierter und vor allem gut kommunizierter Wahlkampf ein Schlüssel zum Wahlerfolg sein. Neben den klassischen Kommunikationskanälen spielt das Web 2.0 hierbei eine zunehmend wichtige Rolle. Wie das Internet als fester Bestandteil erfolgreicher politischer Kommunikation und heutiger Wahlkämpfe genutzt werden kann, war Gegenstand eines Wochenend-Workshops für junge Nachwuchsführungskräfte, den die KAS in Mexiko gemeinsam mit

Junge PAN-Führungskräfte erarbeiten digitale Wahlkampagnenstrategien für die Kandidaten ihrer Region.



der Jugendorganisation der christdemokratischen PAN, Acción Juvenil, vom 6. bis 8. Februar in Cuernavaca im Bundesstaat Morelos organisierte. Dabei wurden rund 50 jugendliche Wahlkampfbeauftragte der PAN in professionellem Internet-Campaigning und digitaler politischer Kommunikation geschult.

13 JOURNALISTEN, EINE MISSION: MEDIENFREIHEIT AUF DEM BALKAN

Wo sind die starken Stimmen für die Medienfreiheit auf dem Balkan? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmer des Balkan-Multimedia-Projektes 2014, das die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk und der electronic media school Potsdam-Babelsberg Ende 2014 durchgeführt hat. 13 junge Journalisten aus Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Frankreich und Deutschland nahmen an dem vierwöchigen Workshop in Berlin und Potsdam teil, in dem sie zunächst im multimedialen Arbeiten geschult wurden. Dazu kamen interkulturelle Trainings, ein Besuch der Bundespressekonferenz und Gespräche mit Politikern und Journalisten. Anfang Dezember waren sie als Reporter auf dem Balkan unterwegs, wo sie kritische Journalisten trafen und das Zentrum für Investigativen Journalismus in Belgrad porträtierten.

Gemeinsam haben die jungen Journalisten das Konzept und den Namen ihres multimedialen Internet-Projekts „Voice of the Balkans“ entwickelt. Die Ergebnisse ihrer Recherchen sind zum Lesen, Sehen und Hören online abrufbar unter www.voiceofthebalkans.com.

MEDIEN IM KRIEG – HAT DIE WAHRHEIT EINE CHANCE?

„Die Wahrheit stirbt zuerst – Journalisten in Konfliktzonen“ – unter dieser Überschrift diskutierten am 13. Februar auf Einladung des KAS-Medienprogramms Südosteuropa in Sofia Krisenreporter und Medienexperten aus Deutschland, Österreich und Südosteuropa über neue Tendenzen der Kriegsberichterstattung. Gastredner der Konferenz waren unter anderem Jörg Armbruster, ehemaliger ARD-Nahostkorrespondent, und Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen Deutschland. Sie erklärten, was zu einer guten Vorbereitung für Kriseneinsätze gehört und welche Unterstützung Journalisten benötigen. Der österreichische Journalist Gregor Mayer und die bulgarische Krisenreporterin Elena Yontcheva diskutierten, wie

Journalisten trotz schwieriger Quellenlage authentisch berichten können. Den Informationskrieg um die Ukraine-Krise schilderte der ukrainische Medienexperte Yevgen Fedchenko, Mitbegründer der Internetplattform Stopfake.org, die sich mit der Analyse von Darstellungen russischer Staatsmedien beschäftigt. Moderiert von KAS-Medienkoordinatorin Martina Kaiser, formulierten die Experten und Teilnehmer aus elf Ländern Empfehlungen für Kriegsberichterstattung, die demnächst veröffentlicht werden.



Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, Ethik-Experte Aidan White, London, und die KAS-Medienkoordinatorin Martina Kaiser diskutieren Empfehlungen für Krisenreporter.

NAMEN UND GESICHTER



Elisabeth Bauer

- Ist seit März Auslandsmitarbeiterin der KAS in Lettland und Litauen
- Leitete zuletzt das Bildungsforum in Dortmund
- elisabeth.bauer@kas.de



Dr. Peter Hefe

- Leitet seit März das Regionalprojekt Energiesicherheit und Klimawandel Asien-Pazifik in Hongkong
- Führte zuvor das Auslandsbüro in Shanghai
- peter.hefe@kas.de



Mathias Kamp

- Hat im März die Leitung des Auslandsbüros in Uganda übernommen
- Hat u. a. die Verbindungsstelle des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR in Abuja, Nigeria geführt
- mathias.kamp@kas.de



Valentin Katzer

- Wird im Juli als Trainee das Programm Politischer Dialog Westafrika, das nach Abidjan gezogen ist, unterstützen
- Beschäftigte sich als Stipendiat der KAS-Graduiertenförderung intensiv mit dem frankophonen Afrika
- valentin.katzer@kas.de



Andreas Parisek

- Wird ab April von Kolumbien aus die KAS-Mitarbeiter in Lateinamerika im IT-Bereich unterstützen
- War zuvor als Informationstechniker bei der Stadt Wetzlar tätig
- andreas.parisek@kas.de



Johannes D. Rey

- Hat seit März die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Mazedonien inne
- Hatte bereits verschiedene Einsätze als KAS-Auslandsmitarbeiter, zuletzt in der Mongolei
- johannes.rey@kas.de

KAS IST PIONIER IM BEREICH E-GOVERNMENT

Bundesregierung und Bundestag haben die Notwendigkeit sowie die Vorteile der IT-basierten Verwaltungsarbeit erkannt und sind bemüht, die Entwicklung dieser Bereiche zum Nutzen der öffentlichen Verwaltung einzusetzen.



Am 1. August 2013 trat das E-Government-Gesetz in Kraft, das die gesamte Bundesverwaltung dazu verpflichtet, bis 2020 die elektronische Akte einzuführen. Die KAS ist in ihrer internationalen Arbeit bereits seit Jahren E-Akte-Pionier. Seit 2010 setzt die Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS in ihren Auslandsstandorten die E-Akte auf der Grundlage von EMC/Documentum mit Anbindung u. a. an ein Enterprise-Resource-Planning-System (ERP) ein. Aktuell arbeiten ca. 600 Benutzer weltweit mit dem so genannten „Projekt-Abrechnungs-, Steuerungs- und Informations-System“ (PASTIS).

Diese digitale Arbeitsweise in der Projektadministration, die eine signifikante Prozessoptimierung sowie eine Steigerung der Transparenz befördert, erfordert eine stetige Mitarbeiterqualifizierung. In diesem Kontext fand vom 2. bis 6. Februar 2015 eine E-Akte- und Verwaltungsschulung für lokale Verwaltungskräfte der Auslandsstandorte der Hauptabteilung statt. Das Seminar diente der Erstqualifizierung neuer Mitarbeiter im Bereich der Projektadministration und wurde durch das Team Finanz- und Projektverwaltung (FuP) in Berlin durchgeführt.

FACHKONFERENZ WESTEUROPA

Die politische Situation hätte kaum spannender sein können: Zeitgleich zum EU-Ratsgipfel trafen sich Mitte Februar die Auslandsmitarbeiter der Büros in Westeuropa und den USA, um über die EU und ihre internen wie externen Herausforderungen zu beraten. Eine engere Verzahnung der Aktivitäten der Auslandsbüros mit der Zentrale zu den Themen Migration und Integration, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Zukunft der westlichen Demokratien ist ein Ergebnis der Diskussionen. Setting der Fachkonferenz war Rom, wo u. a. Gespräche mit der neuen Botschafterin am Heiligen Stuhl, Annette Schavan (Foto) und mit dem stellvertretenden EU-Parlamentspräsidenten, Antonio Tajani MdEP, stattfanden.





AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT****POLITISCHE KOMMUNIKATION IN DER ARABISCHEN WELT UND IN AFRIKA**

In Transformationsprozessen spielt politische Kommunikation eine Schlüsselrolle. Der Tagungsband, den die KAS-Tunesien zusammen mit dem Institut für Presse und Informationswissenschaften (IPSI) der Universität La Manouba herausgibt, geht diesem Befund im Rahmen mehrerer komparativer Fallstudien nach. Mit Schwerpunkt auf die tunesischen Wahlkämpfe seit 2011 werden außerdem der Einsatz sozialer Medien wie Twitter und Facebook untersucht und die Kommunikationsstrategien politischer Parteien herausgearbeitet.

**GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN DES KLIMAWANDELS UND DER ERNEUERBAREN ENERGIEN**

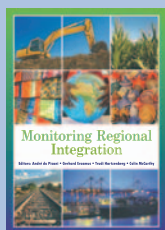
Im Rahmen eines Studien-Dialog-Programms besuchte im September 2014 eine Gruppe von 21 Studenten einer „Exzellenzinitiative“ der Uni Rabat eine Woche lang Berlin. Spezialisiert auf Fragen des Klimawandels und der Erneuerbaren Energien, nahmen sie an Schulungen, Diskussionsrunden, Besichtigungen und Betriebsbesuchen zu diesem Themenfeld teil. Diese Publikation enthält ihre Beobachtungen, Diskussionsergebnisse und Eindrücke dieser Studienreise.

**„AUF EINMAL GAB ES ALLES“**

Mit freundlicher Genehmigung des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde der Kurzfilm zur Sozialen Marktwirtschaft durch das Regionalprojekt SOPLA in die spanische Sprache überführt. Dadurch kann die Entstehung und Entwicklung des deutschen Wirtschaftsmodells auch in Lateinamerika besser nachvollzogen werden. Der Film ist unter <http://www.kas.de/wf/de/71.4963/> abrufbar.

**ÖKONOMISCHE EFFEKTE DER VERTIEFTEN KOOPERATION ZWISCHEN PAZIFIK-ANRAINERN**

Nach einer Dekade stabiler Entwicklung, basierend auf solider makroökonomischer Politik, entschieden sich Chile, Kolumbien, Peru und Mexiko im Jahr 2012 im Rahmen der Pazifikallianz stärker zusammenzuarbeiten. Costa Rica trat der Allianz 2013 bei. Die nun vorliegende Studie bewertet das Potenzial dieser Integrationsbemühungen: Wie hoch sind die ökonomischen Effekte der Pazifikallianz? Gerade Kolumbien, Costa Rica und Peru sollten den Ergebnissen folgend stark im Hinblick auf Wachstum und Einkommensentwicklung profitieren. Übersetzungen der Studie ins Deutsche und Spanische folgen in Kürze.

**MONITORING REGIONAL INTEGRATION**

Eine stärkere und erfolgreiche politische Integration und Zusammenarbeit der Staaten des südlichen Afrika wird eine der wesentlichen Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Was dies für das südliche Afrika bedeutet, ist nachzulesen in der neuen Ausgabe „Monitoring Regional Integration“. Die Zukunft der SADC- und SACU-Mitgliedstaaten wird vor allem in Hinblick auf deren regionalen Hegemon Südafrika beleuchtet. Was kann das südliche Afrika von der Europäischen Integration lernen? Und welche Implementierungsfehler können vermieden werden? U. a. diese Fragen werden in der neuesten Publikation des KAS-Auslandsbüros Namibia-Angola diskutiert.